

„Allerhöchste Eisenbahn“: Eine drogenpolitische Veränderung ist unumgänglich!

Pressemitteilung der Aidshilfe NRW, akzept NRW und JES NRW zum Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher*innen



20. Juli 2023 – Auch in diesem Jahr stieg die Anzahl der an Drogenkonsum Verstorbenen zum sechsten Mal in Folge zu einem erneut alarmierenden Rekord von 1.990 Menschen an. In NRW war die Zahl mit 703 Personen mit Abstand am höchsten, gefolgt von Bayern (277) und Berlin (230). Haupttodesursachen waren erneut der Konsum von Opioiden (1.194), davon 749 Heroin/Morphin. Auch die Langzeitfolgen des Drogenkonsums sind weiterhin maßgeblich todesursächlich (663). Auch die Zahl der Menschen, die sich beim intravenösen Drogenkonsum mit HIV ansteckten, stieg im letzten Jahr erneut.

Das Hilfesystem ist überlastet

NRW wird stets nachgesagt, ein ausgezeichnetes Suchthilfe-Versorgungssystem zu haben und eine eher liberale Drogenpolitik zu fahren. Jedoch sprechen die vorliegenden Zahlen dagegen. Das Hilfesystem ist unterfinanziert, unterbesetzt und überlastet durch den immer weiter steigenden Bedarf an Unterstützung, verursacht durch die Nachwehen der Coronapandemie und neue Konsummuster (z.B. Crack).

Die Bundesregierung muss Verantwortung übernehmen – doch Kürzung ist die Antwort

Anstatt entsprechend die alarmierenden Zahlen und Hilferufe aus dem Suchthilfesystem ernst zu nehmen und ihnen nachzugehen, sind im Regierungsentwurf für den Haushaltsplan des Bundesgesundheitsministerium für 2024 knapp 8,26 Milliarden Euro weniger vorgesehen. Vier Millionen Euro sollen dabei für Aufklärungsmaßnahmen im Rahmen von Drogen- und Suchtmittelmisbrauchs gekürzt werden. Auch die Mittel für den Öffentlichen Gesundheitsdienst werden gekürzt. Diese Kürzungen sind in Anbetracht der aktuellen Zahlen von an Drogen verstorbenen Menschen sowie der geplanten Cannabisregulierung nicht nachvollziehbar und unverantwortlich.

Wo bleibt die Veränderung?

Prohibition und Kriminalisierung von Konsument*innen führt nachweislich nicht zur Abnahme von Drogengebrauch, sondern stärken nur den Schwarzmarkt und sichtbar auch dessen verheerende Auswirkungen für drogengebrauchende Menschen. Dieser Ansatz hat gesundheitspolitisch versagt. Solange das Betäubungsmittelgesetz nicht entsprechend längst vorhandener wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse angepasst wird, bleibt nur der bisherige Weg: Schadensminimierung.

Torsten Zelgert, Sprecher von JES NRW, erklärte dazu auch im Namen von akzept NRW und der Aidshilfe NRW: „Letzten Endes brauchen wir die Entkriminalisierung und Originalstoffvergabe aller Substanzen. Das würde die Kriminalität eindämmen und den Schwarzmarkt treffen – eine Gleichstellung mit legalisierten Drogen sollte deshalb angestrebt werden.“

Es braucht überdies einen vereinfachten Zugang zu Substitutionsbehandlungen und -mitteln und den Ausbau bzw. die Sicherung des Versorgungsnetzwerkes, wie weitere Konsumräume auch im ländlichen Raum. Genauso werden mehr Unterbringungsmöglichkeiten für Menschen ohne festen Wohnsitz und eine angemessene medizinische Versorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen benötigt. Leider müssen wir uns wiederholen, wenn wir die flächendeckende Vergabe von lebensrettendem Naloxon in Suchthilfeeinrichtungen, psychiatrischen Einrichtungen, Substitutionspraxen und im Justizvollzug fordern.

Kontakt:

Aidshilfe NRW e.V. · Lindenstraße 20 · 50674 Köln

Dr. Guido Schlimbach · Pressesprecher

Fon 0221-925996-17 · Fax 0221-925996-9 · guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de · nrw.aidshilfe.de

Zelgert: „Es ist allerhöchste Eisenbahn für mehr Vernetzung und die feste Einbindung von Selbstvertretung in drogenpolitische Entscheidungen, Präventionskonzepte und suchtmmedizinische Weiterentwicklungen. Überdies braucht es neue Präventionskonzepte weg von Schuld, Scham, Stigmatisierung und Angst hin zu einem verantwortungsvollen Umgang mit und Expert*innenwissen bzgl. Drogen. Wir sollten anfangen das Unmögliche mitzudenken! Jetzt und nicht morgen muss sich etwas grundsätzlich ändern. Dafür stehen und kämpfen wir, gesprächsbereit, laut, offen und voller Energie!“

Eine neue Entscheidung macht Hoffnung

Mit der Entscheidung der Bundesregierung von 26. Juni dieses Jahres ist es nun den Bundesländern erlaubt Drug-Checking anzubieten. Die Substanzanalyse ist ein wichtiger Teil der Harm Reduction und längst überfällig. So ist es zukünftig Party-User*innen sowie Menschen, die Drogenkonsumräume nutzen, möglich, ihre Substanz auf Gehalt und Nebensubstanzen testen zu lassen, um unerwünschte Überdosierungen oder nicht erwünschte Wirkungen vermeiden zu können. In Anbetracht des steigenden Fentanyl-Aufkommens von in Deutschland erworbenen Heroin, kann Drug-Checking Leben retten.

„Zu hoffen bleibt, dass alle Bundesländer auf diesen wichtigen Zug Richtung Verantwortungsübernahme in der Drogenpolitik aufspringen und gemeinsam an bessere Lebensbedingungen für Drogengebraucher*innen arbeiten. Die Zahl der verstorbenen Drogengebraucher*innen darf nicht weiter steigen!“, so Zelgert.

Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher*innen

In NRW finden anlässlich des Gedenktags auch in diesem Jahr Veranstaltungen und Aktionen unter anderem in Bonn, Paderborn, Bielefeld, Hamm, Hagen, Wuppertal, Essen, Bochum, Düsseldorf und Köln statt. Fortlaufend aktualisierte Informationen zu den Aktionen der Aidshilfen finden Sie unter saferuse-nrw.de.

Der 21. Juli bietet sowohl einen Rahmen für individuelles Gedenken an verstorbene Freund*innen als auch die Gelegenheit, für die drogenpolitischen Missstände zu sensibilisieren, die für das Sterben mitverantwortlich sind. Das bundesweite Motto lautet in diesem Jahr „DROGENTOD IST STAATSVERSAGEN“. Mit dem Motto wollen die bundesweiten Organisator*innen verdeutlichen, dass die stetig steigende Zahl von Drogentodesfällen mit einem neuen Höchststand von 1.990 verstorbenen Menschen auch in der Verantwortung der politisch Verantwortlichen im Bund, den Ländern und Kommunen liegt. Eine bundesweite Übersicht über Aktionen und Veranstaltungen sowie weiterführende Informationen finden Sie unter gedenktag21juli.de.

Kontakt:

Aidshilfe NRW e.V. · Lindenstraße 20 · 50674 Köln

Dr. Guido Schlimbach · Pressesprecher

Fon 0221-925996-17 · Fax 0221-925996-9 · guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de · nrw.aidshilfe.de